Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 79 (1985)
Heft: 4-5

Artikel: Schweizer Konferenz für Frieden, Selbstbestimmung und Nicht-Intervention in Zentralamerika
Autor: Holenstein, René
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-143187

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Schweizer Konferenz für Frieden, Selbstbestimmung und Nicht-Intervention in Zentralamerika

Gegen 250 Personen aus Politik, Kultur, Gewerkschaften, Kirchen, Hilfswerken, Solidaritätskomitees und Wissenschaft nahmen am 1. Dezember 1984 in Bern an der «Schweizer Konferenz für Frieden, Selbstbestimmung und Nicht-Intervention in Zentralamerika» teil.

Die Teilnehmer und Teilnehmerinnen der Konferenz waren einem Aufruf von über 80 Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens gefolgt, die mit dieser Konferenz «einen Beitrag leisten wollten zur Verbesserung der Information der Bevölkerung unseres Landes über die Lage in Zentralamerika» (aus der Einladung).

Mit dieser Konferenz ist es der Solidaritätsbewegung erstmals gelungen, den Einsatz für den Frieden und die Selbstbestimmung sowie den Protest gegen die Interventions- und Aggressionspolitik der USA in Zentralamerika weit über die eigenen Reihen hinaus abzustützen. Frühere ähnlich gelagerte Veranstaltungen – etwa das «Forum der Solidarität mit Zentralamerika» von 1983 oder das «Christliche Treffen der Solidarität mit Zentralamerika» von 1984 – zeigen, dass von solchen Anlässen eine nicht zu unterschätzende Langzeitwirkung ausgehen kann. So dürften die intensiver gestalteten Berührungspunkte zwischen Solidaritätskomitees, Hilfswerken, christlichen Kreisen und sozialistischer Linken in Zukunft eine solide Grundlage bilden für die Bildung einer breiten Bewegung gegen die Intervention der Vereinigten Staaten in Zentralamerika.

Zur Eröffnung der Konferenz sprach der Berner Staatsrechtsprofessor und SP-Nationalrat Richard Bäumlin, der die Wahlen in Nicaragua beobachtet hatte. In sieben Arbeitsgruppen befassten sich die Konferenz-Teilnehmer/innen dann mit verschiedenen Aspekten der Situation in Zentralamerika. So wurde über die Miskitos in Zentralamerika, über die Frage der Menschenrechte, über den Demokratiebegriff in diesen Ländern und über die Berichterstattung in den schweizerischen Medien diskutiert. Im weiteren kamen die Zentralamerika-Politik der Schweizer Behörden sowie der Dialogprozess zwischen der salvadorianischen Regierung und der Befreiungsbewegung FMLN/FDR zur Sprache. Schliesslich wurde beschlossen, eine Delegation von Personen des öffentlichen Lebens nach Zentralamerika zu schicken, die nach ihrer Rückkehr die Behörden und eine breitere Öffentlichkeit über die Verhältnisse in diesen Ländern informieren wird.

In seinem – für die «Neuen Wege» geringfügig überarbeiteten – Einleitungsreferat verurteilt Richard Bäumlin die Aggressionspolitik der USA in Zentralamerika aufs schärfste. Es sei allerdings falsch, die gegenwärtige Politik der USA auf die Person Reagans zu reduzieren, da der imperiale Anspruch der USA auf Zentralamerika schon viel älter sei. Wie zur Zeit der Monroe-Doktrin von 1823 laute für die Reagan-Regierung das Motto noch immer: «Amerika den Amerikanern». Ferner geht Bäumlin ausführlich auf die Wahlen in Nicaragua ein, bei denen das Wahlgeheimnis im Unterschied zu den Wahlen in El Salvador und Guatemala vollauf gewährleistet gewesen sei. Nicaragua befinde sich auf dem Weg zu einer verfassungsrechtlich geordneten Demokratie. Unsere Verantwortung setze allerdings spätestens dort ein, wo die Schweizer Regierung etwa grosstechnologische Projekte zum Schaden der Bevölkerung in den betroffenen Ländern unterstütze und den Verkauf von Pilatus PC-7 Flugzeugen nach Guatemala erlaube, die dort erwiesenermassen gegen die Zivilbevölkerung eingesetzt würden.

Im Atelier über die Berichterstattung in den Medien hielt Roman Berger, Redaktor beim «Tages-Anzeiger», ein aufschlussreiches Referat, in dem er nachweist, dass sich die westlichen Vorstellungen von Demokratie und Pluralismus nicht ohne weiteres auf Zentralamerika übertragen lassen, zumal diese Vorstellungen, vor allem innerhalb des US-Imperialismus, auch wieder ein eingeengtes Demokratieverständnis enthalten. Berger warnt aber auch die europäische Linke, nicht unbesehen ihre eigenen Hoffnungen auf ein Land wie Nicaragua zu projizieren und es damit zu überfordern.

In der Arbeitsgruppe «Schweizerische Aussenpolitik und die Haltung von Interessengruppen gegenüber den Ländern Zentralamerikas» kamen einerseits Nationalrat Hansjörg Braunschweig und andererseits Tim Guldimann vom Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) zu Wort. Hansjörg Braunschweig tritt in seinem Referat für eine – vor allem gegen-

über den Interessen der Vereinigten Staaten – eigenständigere schweizerische Aussenpolitik ein, deren oberste Richtschnur die internationale Solidarität wäre. Auf Zentralamerika bezogen würde das bedeuten, dass die Schweizer Regierung sich für das Selbstbestimmungsrecht der Völker einsetzen, die direkten u n d indirekten Interventionsversuche der Vereinigten Staaten verurteilen, die Entwicklungszusammenarbeit ausbauen und sogar weitere Möglichkeiten der Wirtschafts- und Finanzhilfe für Nicaragua prüfen sowie die Friedensbemühungen der Contadora-Staaten unterstützen müsste.

Gerne hätten wir die Antwort Tim Guldimanns auf die engagierte Stellungnahme von Hansjörg Braunschweig wiedergegeben. Leider verzichtete der Diplomat im EDA darauf, weil er, so Guldimann, nach der Konferenz departementsintern unter starken Druck geraten sei, da seine Erklärungen nicht genau der offiziellen Linie des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten gefolgt seien.

Anlass zur obrigkeitlichen Zurechtweisung Guldimanns durch seine Vorgesetzten gaben seine Äusserungen, wonach die Reaktion des Bundesrates auf die Verminung der nicaraguanischen Häfen durch den amerikanischen Geheimdienst CIA «zu schwach» ausgefallen sei. Der Bundesrat habe damals die Verminung der Häfen lediglich «bedauert», obschon sie vom Internationalen Gerichtshof in Den Haag vor der Weltöffentlichkeit verurteilt worden sei. Eine härtere Stellungnahme in diesem konkreten Fall hätte seiner Ansicht nach die Glaubwürdigkeit der schweizerischen Aussenpolitik nicht beeinträchtigt.

Dass eine derart vorsichtige Stellungnahme fast zu einem departementsinternen Krach geführt hat, wirft allerdings kein gutes Licht auf die schweizerische Aussenpolitik gegenüber Zentralamerika.

René Holenstein

Richard Bäumlin

Demokratie in Zentralamerika

Als Delegierter des Solidaritätsfonds für den sozialen Befreiungskampf in der Dritten Welt, der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz und des Ständigen Völkertribunals (Sitz in Rom) konnte ich je eine Woche vor und nach den Wahlen vom 4. November in Nicaragua verbringen. Nach der Rückkehr in die Schweiz habe ich die Berichte unserer Medien über diese Wahlen zur Kenntnis genommen. Vor allem gewisse Pressekommentare liessen mich erschrecken: Eine übermächtige Abwehrhaltung hindert viele daran, die wirklichen Verhältnisse und Vorgänge in Zentralamerika auch nur zur Kenntnis zu nehmen, trotz aller verfügbaren Information.

Die Studenten, die nach dem gewaltsamen Durchgriff der Sowjets in Ungarn im Jahre 1956 die «Aktion niemals vergessen» gründeten, hatten es leichter. Ohne weiteres war sozusagen die gesamte öffentliche Meinung auf ihrer Seite. Auch bei späteren Interventionen der Sowjetunion, sei es in der Tschechoslowakei, in Polen oder in Afghanistan, stand unser Urteil jeweils spontan fest, und unsere Landesregierung hat klare Worte gefunden.

Wenn hingegen die Vereinigten Staaten das Selbstbestimmungsrecht der Völker mit Füssen treten und sich für schwerste Menschenrechtsverletzungen in Ländern der Dritten Welt mitverantwortlich machen, verhält es sich durchaus anders. Hier hat es sich noch nie darum gehandelt, eine «Aktion niemals vergessen» zu organisieren. Stets müssen wir da viel weiter vorne anfangen, und zwar mit dem Versuch, einer «Aktion